

DER SPIEGEL - Jahres Chronik 54/2007 vom 12.12.2007, Seite 200

DONQUICHOTTERIE IN GÖTTINGEN

Parteienforscher Franz Walter kommentiert die Verweigerung der deutschen Afghanistan-Mission auf dem Parteitag der Grünen - und wundert sich über die allgemeine Verwunderung.

Am 15. September um 17.24 Uhr ist Schluss mit der "Ära Fischer", mit außenpolitischem Realismus und grüner Regierungsfähigkeit. An diesem Sonnabend im einstigen Göttinger Eisenbahnausbesserungswerk begibt sich die Öko-Partei auf eine verstörende Zeitreise weit zurück in die eigene Ausgangsgeschichte, in die fundamentalistische Verweigerung, in die Illusionspolitik, in das Wolkenkuckucksheim eines weltfremden Pazifismus.

So jedenfalls lautet der ganz und gar einheitliche Tenor des politischen Kommentars von "Süddeutscher Zeitung" bis "Frankfurter Allgemeiner", der zwei Tage später, am darauffolgenden Montag, höhnisch durch die Republik dröhnt. Das Urteil der hauptberuflichen Interpreten ist verheerend. Kein Begriff wird in Bezug auf die grüne Partei mehr bemüht als der des "Rückfalls" - in den Friedenspopulismus, in die Ohnemich-Mentalität, in eine verantwortungslose Verbalradikalität. Die Delegierten auf dem Grünen-Sonderparteitag haben sich geweigert, der Vorgabe der Bundesregierung zu folgen, die Isaf-Mission in Afghanistan fest mit dem Einsatz von "Tornado"-Flugzeugen zu verknüpfen. Der Parteitag, der an seiner Unterstützung für einen durch die Bundeswehr abgesicherten zivilen Aufbau in Afghanistan keinen Zweifel lässt, gibt den Mandatsträgern im Bundestag für die parlamentarische Abstimmung die Richtungsentscheidung mit auf den Weg, der von Union und Sozialdemokraten verabredeten Paketlösung die Zustimmung zu verweigern.

Die grüne Parteiführung hat das alles nicht gewollt, nicht den außerordentlichen Parteitag, nicht die ihr außer Kontrolle geratene Diskussion über Afghanistan, nicht das abschließende Votum - und erst recht nicht den neuen Helden, den das Drama in der Göttinger Lokhalle hervorbringt: Robert Zion. Kaum jemand kennt ihn. Selbst die erfahrenen "Grünologen" unter den Journalisten zucken ratlos mit den Schultern. Über Jahre haben sie wunderbar ertragreiche Nahkontakte zu den alten Kämpen der Partei, zu den Trittins, Künasts, Kuhns, Bütikofers und Roths aufgebaut. In den Machtkämpfen der Partei spielen die "Grünologen" der Deutungsklasse gern den einen oder anderen Ball ins Feld eines Favoriten. Und nun kommt da ein Gelsenkirchener Kreisverbandsschriftführer der Partei, gelernter Koch, Autor von weithin unbekanntem Büchern zur Filmgeschichte, gut zehn Jahre jünger als die Trittins der Partei. Natürlich liegt es nahe, ihn verächtlich zum neofundamentalistischen Wiedertäufer der "in der Realität nicht angekommenen Orthodoxpazifisten" aufzubauschen und damit kaltzustellen - eine Strategie, die die langjährigen Leitwölfe der Grünen, den jungen

Rivalen in der eigenen Herde witternd, gemeinsam mit den ihnen wohlvertrauten Kommentatoren auch sogleich einschlagen.

Dabei aber hat der Gelsenkirchener Neugrüne - erst seit 2002 gehört Zion der Partei an - nichts von der donnernden, eifernden, empörungsheischenden, manichäischen Rhetorik der grünen Tribune aus der Vorgängergeneration, die als ganz junge Menschen noch mit sich überschlagender Stimme Kapitalismus und Imperialismus den Kampf angesagt hatten und die später dann als ergraute gouvernementale Gestalten mit gleichermaßen moralgetränkter Selbstsicherheit die Menschenrechte gegen das Böse überall in der Welt mit robusten Militärschlägen herzustellen verlangten. Diese merkwürdige Mischung von Revolutionismus und Wilhelminismus findet man beim neuen Göttinger Star nicht. Er wirkt fast schüchtern, spricht leise, muss erst durch die Unterstützung des Publikums zum Erfolg einer keineswegs jakobinischen Rede getragen werden. Doch ist Robert Zion Guru nur für einige tausend Grüne. Für den Rest der politischen Öffentlichkeit wird er zum Buhmann. Mit seiner Rede hat er - so kann man in den Tagen nach Göttingen in unzähligen Artikeln und Sendungen lesen wie hören - die Grünen wieder zur Oppositionspartei gemacht, in die Koalitionsunfähigkeit zurückgetrieben. Das sind schon verblüffende Feststellungen. Die Grünen standen und stehen tatsächlich in der Opposition, im Bund und in weiteren 15 Bundesländern. Das Ausmaß an Opposition ist kaum zu übertreffen. Doch hat nicht der frisch entdeckte Parteitagsagitator aus dem Ruhrgebiet die Grünen in diese Rolle gedrängt, sondern - formulieren wir es pathetisch - der Souverän, der Bürger, die Wähler. Zion erinnert die Grünen im Grunde nur daran, dass ihnen die Funktion zugefallen ist, die in parlamentarischen Demokratien denjenigen Parteien obliegt, welche im Parteienwettbewerb unterliegen und deshalb an der Regierungsmacht nicht beteiligt sind: ebendenen der Opposition.

Insofern steht das Göttinger Spektakel auch gar nicht für einen neuerlichen Illusionismus der Grünen. Die Interpretation von Göttingen spiegelt vielmehr eine bislang wenig bemerkte Veränderung in der politischen Kultur hiezulande. Opposition gilt kaum mehr als ehrenhaft, gilt nicht als wichtig für die Demokratie, als konstitutives Korrektiv, als freiheitswahrende Kontrolle, als Ort alternativer Überlegungen und Entwürfe. Denn mittlerweile ist eine neue Kohorte von professionellen Deutern des Politischen in Deutschland herangewachsen, für die Opposition allein negativ besetzt ist: mit Ineffizienz, leerer Betriebsamkeit, folgenloser Antragsschreiberei. Im Jahr 2007 hat Opposition in Deutschland somit Hautgout. Opposition ist demnach allein etwas für Nörgler, Träumer oder Demagogen.

Eigentlich hatte man schon annehmen dürfen, dass der Anti-Oppositions-Effekt in dieser Republik seit den siebziger Jahren überwunden sei. Zuvor noch, im Jahrhundert zwischen Bismarck und Adenauer, waren der Abscheu vor den Gegensätzen, die Angst vor dem Konflikt, die Sehnsucht nach Einheit, Synthese, Autorität tief im Humus der gesellschaftlichen Mentalität eingepflanzt. Doch plötzlich treibt dieses Gewächs abermals kräftig Blüten.

Nun meldet sich mit der neuerlichen Verachtung des Oppositionellen nicht eine vermuffte obrigeitsstaatliche Gesinnung zurück. Es ist vielmehr die Modernität des Pragmatismus, dem die Möglichkeit einer ganz anderen, eben oppositionellen Wahrheit und Wirklichkeit nicht geheuer ist. Für den modernen Pragmatiker existiert allein eine Realität. Er orientiert sich bei dem, was er für das Wirkliche hält, stets am dominanten Diskurs, am Machbaren. Einzig das ist dann Fakt; und es ist fortan alternativlos. Der moderne Pragmatiker möchte nicht gegen Windmühlen kämpfen. Aus Furcht vor der kraftraubenden Donquichotterie in den sowieso schon schwer durchschaubaren Komplexitäten braucht er die Selbstverständlichkeit unhinterfragter Normalität. Was ist, wird

apodiktisch zur Notwendigkeit erhoben, die man - als "Realist" - akzeptieren muss und innerhalb deren Logik man - als "Realpolitiker" - zu agieren hat. Der moderne Pragmatiker fürchtet Aporien und Ambivalenzen; er mag keine Antagonismen und Dialektiken; er weigert sich, eine Welt ganz verschiedener Wirklichkeitsdeutungen für vernünftig zu halten. Er leugnet die Realität vieler, kontrastierender Wirklichkeiten. Kurzum: Er schätzt keine elementare Opposition, erkennt ihre grundsätzliche Bedeutung zum Entwurf einer legitimen Gegenwirklichkeit nicht an, wittert darin lediglich irrationale Ideologie und demagogische Verführung. Der moderne Pragmatismus nähert sich in den Zeiten des Postparlamentarismus dem Denken der absolutistischen Vormoderne an, in der Politik als "Vollzug des Richtigen" galt - und jeder Zweifel an die höhere Einsicht der politischen Exzellenzen in die Richtigkeit rundum unzulässig war.

In dieser schleichend gewandelten politischen Kultur haben es Parteien in der Opposition, die die Funktion der Opposition energisch ausfüllen, plötzlich schwer. Es dauert nicht lange, dann hängt ihnen das Stigma der Regierungsunfähigkeit an. Besonders schädlich ist es überdies, eine von den Eliten unberücksichtigte Stimmungslage in der Bevölkerung aufzunehmen, zu artikulieren und institutionell zu vertreten. Dergleichen galt den großen Theoretikern der Demokratie noch als genuine Aufgabe von Parteien im Parlamentarismus; seit einigen Jahren aber wird es von der gegenwärtigen Deutungsklasse mit hocharhobenem Zeigefinger als "populistisch" abqualifiziert.

Rund zwei Drittel der Deutschen sprechen sich seit Monaten bemerkenswert konstant gegen eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats aus. Auch die christdemokratische und die sozialdemokratische Anhängerschaft sind mehrheitlich keineswegs interventionistisch gesinnt. Gewiss, man kann es als Ausweis beeindruckenden Führungswillens betrachten, dass sich die Regierungsvertreter und Abgeordneten von CDU/CSU und SPD durch die Stimmung der Majorität nicht irritieren lassen und unbeirrt an der Afghanistan-Mission festhalten. Doch bekommt eine parlamentarische Demokratie ein Legitimationsproblem, wenn Eliten sich ungebrochen über Volkes Willen hinwegsetzen.

Jedenfalls: Man kann das Göttinger Parteitagsvotum der Grünen schwerlich als sektiererischen Fundamentalismus abstempeln, da doch die majoritäre Grünen-Position die Mehrheitsbefindlichkeit der Deutschen geradezu spiegelt und die Partei die keineswegs abwegigen Bedenken in Teilen der Bevölkerung gegen die höchst kontraproduktiven Folgen des Anti-Terror-Kampfs in seinem nunmehr siebten Jahr zum Thema macht. Und zum Nutzen einer halbwegs vitalen Demokratie ist es zudem, wenn sich die Opposition, noch dazu in großkoalitionären Zeiten, durch die Zentralregierung nicht in eine uniforme Einheitsheimatfront zwingen lässt, die dann keine Parteien mehr kennt, sondern nur noch strammstehende Menschenrechtfeldwebel eines homogenen parlamentarischen Blocks. Wahrscheinlich hat kein anderer Satz aus der zwölfminütigen Rede Robert Zions in der Göttinger Lokhalle einen stärkeren Eindruck hinterlassen als der: "Welche Bundesregierung würde sich eigentlich unter Handlungsdruck gesetzt fühlen, wenn sogar die Opposition für ihre Politik stimmt?" Natürlich: Leicht zu entwirren sind die Diskussionsfäden um Details und Nuancen der Außenpolitik auf dem Göttinger Parteitag nicht. Doch das liegt auch an der Komplexität des Gegenstands des Streits selbst. Und es muss den Grünen nicht zwangsläufig schaden. Denn die schwierige Melange von Heterogenitäten gehörte zum historischen Wesen der Partei und ihrer Anhänger. Unbedingte Friedfertigkeit und entschlossener Menschenrechtsschutz, Antimilitarismus und die Sicherheit von Minderheiten, Professionalismus oben und Basisdemokratie unten, kollektive Verantwortung und individuelle Freiheit, Askese und Lebensfreude - nie ging das alles durch eine klärende Formel oder die Autorität eines Übervaters symbiotisch glücklich zusammen. Immer blieben Inkompatibilitäten und Ungleichzeitigkeiten. Doch entsprach es eben der gesellschaftlichen und

politischen Komplexität. Und angesichts einer durchaus intelligenten Anhängerschaft hat in der offenen Diskussion dieser Komplexität stets auch eine beachtliche Chance für die Grünen gelegen.

Doch fürchten die heutigen Leitfiguren der Grünen eine solche Diskussion. Im Unterschied zur Kohorte Zion will die Generation Künast/Kuhn schon seit Jahren um nichts in der Welt mehr mit dem früheren Chaos der Alternativpartei verbunden werden. Bütikofer, Künast, Kuhn, Trittin - sie alle sind moderne Pragmatiker, sind fest fixiert auf die baldige Rückkehr an die Macht, verstehen sich als Regierende im Wartestand. Aber es sind gerade diese Pragmatiker der Realpolitik, denen es bezeichnenderweise nicht gelingt, aus den Auseinandersetzungen über Außenpolitik Honig für eine Partei der Differenziertheit und der Debatte zu ziehen.

Wenn Göttingen ein Desaster ist, dann ist es das Desaster dieses grünen Nur-noch-Pragmatismus.

FRANZ WALTER, 51,

Göttinger Politologe und Parteienforscher mit Schwerpunkt auf der SPD, schrieb zuletzt das Buch "Träume von Jamaika. Wie Politik funktioniert und was die Gesellschaft verändert".